



Digitalpakt: Aufgelegt wurde der Digitalpakt 2019 mit ursprünglich fünf Milliarden Euro vom Bund und 500 Millionen Euro von den Ländern für den Aufbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen, etwa zur Installation von schuleigenem W-Lan, um die klassischen grünen Kreidetafeln durch digitale Modelle zu ersetzen.

Der Geist ist willig, doch das Netz ist schwach

In Deutschland träumt man von digitalen Behördengängen, von Industrie 4.0 und virtuellen Veranstaltungen, schafft es aber nicht, eine ganze Schulklasse mit Bild zu unterrichten, weil dabei verlässlich die Datenverbindung in die Knie geht. *Von Françoise Hauser*

Der Digitalisierung auf der Spur, heißt es erst einmal ganz unten suchen. Sprichwörtlich, im Boden, denn die Basis aller Aktivitäten ist die digitale Infrastruktur. Der Blick auf den Breitband-Atlas der Bundesregierung zeigt die Versorgung mit Breitbandanschlüssen, und die ist auf den ersten Blick gar nicht so schlecht: Rund 97% aller Haushalte haben hierzulande Zugang zu einer mindestens 50 Mbit/s starken Leitung, was als Definition für schnelles Internet gilt. Zudem hatten „Mitte 2020 mehr als 23 Millionen Haushalte, also 56 Prozent aller deutschen Haushalte in Deutschland, Zugang zu Gigabit-Internet, davon 13,8 Prozent mit Glasfaser“, erklärt ein Sprecher des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Und die Bundesregierung hat sich hohe Ziele gesetzt: Bis 2025 soll es in ganz Deutschland superschnelles Internet mit mindestens 1 Gigabit/s geben, wobei Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser vorrangig gefördert werden sollen.

„Justin, bist du da?“

Fakt ist aber auch: Es gibt noch regelrechte weiße Flecken auf der Karte. Manch ein Dorf in Oberfranken, im südlichen Thüringen, aber auch städtischer Raum, wie Vororte von Erfurt, Kassel oder sogar in den Randbereichen des Ruhrgebiets, sind noch nicht an

das schnelle Internet angebunden. Allerdings sind es nicht unbedingt fehlende Gelder, die den Ausbau verlangsamen: „Die Fördermittelprogramme des Bundes, wie etwa die Breitbandförderung oder die Fördermittel für Digitalisierungsthemen, sind unserer Ansicht nach ausreichend. Allerdings laufen die Prozesse zu langsam ab“, sagt Gunnar Franke, Geschäftsführer TÜV Rheinland Consulting GmbH. „Die Bearbeitungsdauer der Anträge nimmt nur einen kleinen zeitlichen Rahmen von im Durchschnitt zwei bis drei Monaten ein. Eine erhebliche Dauer beanspruchen insbesondere Vergabe-, Verhandlungs- und Genehmigungsprozesse“, bestätigt ein Sprecher des BMVI. Zu Deutsch: Es sind die Auswahlverfahren, Vertragsverhandlungen zwischen den Kommunen und Telekommunikationsunternehmen, die behördlichen Genehmigungsverfahren und viele andere Faktoren, die Zeit kosten. Stellt sich dann noch einer der Anrainer quer oder positioniert sich eine Bürgerinitiative gegen den Ausbau, dann gehen schnell Jahre ins Land. Gleichzeitig fordert der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (Bitkom) eine Vereinfachung der Prozesse und mehr Beratung: „Es darf eigentlich nicht sein, dass Fördergelder in Millionenhöhe liegenbleiben und nicht abgerufen werden, weil die Projektantragsverfahren zu komplex sind.“

Ehrgeizige Pläne und schleppende Ausführung findet man jedoch nicht nur

beim Netzausbau. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der Software Sormas, die die Nachverfolgung von Corona-Infizierten und den Datenaustausch mit anderen Behörden vereinfachen soll. Von den 376 Gesundheitsämtern Deutschlands hatten nach langem Hin und Her im März 2021 283 Gesundheitsämter die Software installiert. Ob sie sie auch nutzen, ist allerdings nicht immer nachvollziehbar. Ziemlich mau sieht es auch beim E-Government aus: Eigentlich sollten laut dem im August 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz rund 600 Verwaltungsvorgänge bis Ende 2022 digital angeboten werden – ein Ziel, das noch in weiter Ferne liegt.

Für viele Bürger geradezu fühlbar wurden die Digitalisierungsrückstände jedoch, als die Republik im März 2020 in den Fernunterricht für Schüler und Studenten wechselte. Nicht ohne Grund werden die Online-Unterrichtsstunden gerne mal mit Seancen verglichen: „Justin, bist du da?“ und „Könnt ihr mich hören?“ sind die Sätze, die den Online-Unterricht charakterisieren und die Probleme bildlich vor Augen führen. „Das Thema Digitalisierung wurde eigentlich verschlafen, und es gibt seit Jahrzehnten einen Investitionsstau in Schulen. Das beginnt bei der Gebäudeausstattung, geht über die Anbindung ans Internet bis hin zur technischen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Schulräumen“, erklärt

Dr. Sarah Henkelmann, Sprecherin des Netzwerks Digitale Bildung, „laut EU-Bildungsbericht aus dem November 2020 besuchten im Schuljahr 2017/2018 nur neun Prozent der Kinder in Deutschland eine ‚gut digital ausgestattete und vernetzte Schule‘ – das sind 26 Prozentpunkte weniger als der EU-Durchschnitt“, so Henkelmann weiter. Auch hier mangelt es erst einmal nicht an staatlichen Mitteln, denn insgesamt 6,5 Milliarden sind bisher in den Digitalpakt Schule geflossen – doch wurden sie auch genutzt? „Knapp 488 Millionen Euro sind bis zum Jahresende 2020 aus dem Digitalpakt Schule abgeflossen“ lässt das BMBF auf Anfrage verlauten, „die bereits verausgabten und bewilligten Mittel belaufen sich auf insgesamt 1,363 Milliarden Euro“ bis Ende Dezember 2020. Die Gründe dafür sind vielfältig, nicht zuletzt sorgen die komplexen Antragsverfahren für die zögerliche Nutzung. „Das Problem sind auch hier nicht die finanziellen Mittel, sondern die mangelnde Umsetzung“, unterstreicht der Bitkom, „es dauert einfach zu lange, bis die Projekte in Gang kommen. Das muss alles etwas dynamischer werden. Beispielsweise gibt es Ausschreibungen für die Modernisierung von Schulen, wozu sich oftmals keine Anbieter finden lassen, da sich nur wenige oder keine Dienstleister auf die Ausschreibung bewerben.“ Zudem beklagt der Bitkom „zu wenig Veränderungswillen. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich auf

neue Konzepte einlassen wollen. Es fehlt an ausreichenden Kenntnissen über digitale Medien.“ Diese wiederum würden sich nicht selten über eine bessere Ausstattung und solide Schulungen freuen. Ohnehin geht es in der Diskussion um die Digitalisierung der Schulen nicht nur um Technik. „Die Krise muss ein Anlass sein, nicht einfach nur das Analoge eins zu eins ins Digitale zu überführen, sondern es muss darum gehen, Bildung ganz grundsätzlich neu zu denken – und zwar digital“, fordert Bitkom-Präsident Achim Berg.

Voran – nur mit wem?

„Deutschland braucht dringend einen Zukunftsplan Digitalisierung“, resümiert auch Professor Philip Meissner vom European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School Berlin im Digitalreport 2021 des Centers. Bleibt die Frage: Hat Deutschland genug Fachkräfte, um einen solchen Wandel zu stemmen? Werden die „Digital Natives“ der Generation Z dies bewältigen? Nur weil sich die Jungen problemlos in TikTok, Instagram und Snapchat bewegen, sind sie nicht zwingend versiert in Cybersecurity und Programmierung. Laut Bitkom „hat sich der Mangel an IT-Spezialisten unter dem Eindruck der Corona-Krise verringert, liegt aber weiterhin auf hohem Niveau. Ende 2020 sind quer durch alle Branchen 86 000 Stellen für IT-Experten frei.“